

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

A. Grundlagen des Unternehmens

I. Geschäftsmodell

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist mit ihrer Marke „Stadtwerke Norden“ das Energieversorgungsunternehmen vor Ort. Die WBN umfasst zudem den Geschäftsbereich Tourismus und Bäder. Zentrale Aufgaben der WBN sind die zuverlässige, preisgünstige und ökologisch ausgerichtete Versorgung der Stadt Norden mit Strom, Gas, Wasser und Wärme und der Unterhalt sowie der Betrieb von Tourismuseinrichtungen und Bädern. In Teilbereichen der Samtgemeinde Hage betreibt die WBN die Wasserversorgung.

Neben den vorgenannten Tätigkeiten ist Gegenstand des Unternehmens:

- die Abwasser- und Klärschlamm Entsorgung
- der Betrieb und die Vermarktung von Telekommunikationsanlagen
- der Erwerb, Verwaltung und Vermarktung von bebauten und unbebauten Grundstücken
- technische und kaufmännische Dienstleistungen

wobei in dem zuerst genannten Gegenstand derzeit keine geschäftlichen Aktivitäten unternommen werden.

Technische und kaufmännische Dienstleistungen werden von der WBN angeboten, soweit sie im Zusammenhang mit den weiteren Geschäftszwecken stehen.

Seitens der Gesellschafterin ist gewünscht, eine möglichst hohe und umfassende Wertschöpfung in der Stadt Norden zu generieren.

Die WBN ist eine 100%-ige Tochter der Gebietskörperschaft Stadt Norden. Die WBN hat mit der Stadt Norden Konzessionsverträge für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme im Norder Stadtgebiet sowie einen Wasserkonzessionsvertrag mit der Samtgemeinde Hage geschlossen.

Aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat die WBN Aktivitäten-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Strom- und Gasnetz aufgestellt.

II. Ziele und Strategien

Die Strategie der WBN zielt auf eine dauerhafte, auskömmliche Umsetzung des Unternehmenszwecks laut Position I. Hierbei sind generelle Trends und Entwicklungen in den beiden Branchen Energieversorgung und Tourismus zu beachten. Im Jahre 2016 wurde für den touristischen Bereich in Zusammenarbeit mit den örtlichen Leistungsträgern ein umfassendes Tourismuskonzept für die Destination Norden-Norddeich erarbeitet. Aus diesem Konzept ergeben sich zahlreiche strategische Maßnahmen auch für die WBN, die sich bereits in Umsetzung finden.

Für den Bereich Versorgung, Stadtwerke Norden, wurde in der Führungsebene eine neue Unternehmensstrategie erarbeitet und weiterentwickelt, die kurz zusammengefasst, sich auf die bisherigen Stärken des Unternehmens in der Energie- und Wasserversorgung auf dem heimischen Markt vor Ort konzentriert, ohne dabei gewinnträchtige innovative zukünftige Geschäftsfelder vollkommen aus den Augen zu verlieren.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit – wenn auch nur leicht – das zehnte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber weiterhin an Schwung verloren. In den vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP um 2,5 % (2017) bzw. 1,5 % (2018) gestiegen. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 % ist die deutsche Wirtschaft 2019 schwächer gewachsen.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2019 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,6 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+2,5 %) waren höher als im Vorjahr.

Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen legten insgesamt im Vorjahresvergleich um 3,8 % zu. Besonders stark war der Anstieg im Tiefbau und im Wohnungsbau. In Ausrüstungen wurde 0,4 % mehr investiert als im Vorjahr. Die sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehören, lagen um 2,7 % über dem Vorjahresniveau. Die Vorratsbestände gingen 2019 im Vorjahresvergleich um 1,7 % zurück, was für eine schwache Industrieproduktion und gestiegene Exporte spricht.

Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung 2019 zweigeteilt: Einerseits verzeichneten die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe überwiegend kräftige Zuwächse. Andererseits ist die Wirtschaftsleistung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) eingebrochen. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr dadurch lediglich um 0,5 %.

Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Baugewerbe mit einem Plus von 4,0 %. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister mit jeweils +2,9 %. Im Gegensatz dazu gab es in weiten Teilen der Industrie starke Rückgänge: Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau, das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, ging um 3,6 % zurück. Insbesondere die schwache Produktion in der Automobilindustrie trug zu diesem Rückgang bei.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2019 erstmals von mehr als 45 Millionen Erwerbstätigen mit inländischem Arbeitsort erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 400 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 0,9 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte und auch eine Abwanderung aus Deutschland aus.

Der Staat erzielte im Jahr 2019 einen vorläufigen Überschuss in Höhe von 49,8 Milliarden Euro (2017: 34,0 Milliarden Euro, 2018: 62,4 Milliarden Euro). Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendeten das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2019 eine Überschussquote von 1,5 %.

Der Energieverbrauch in Deutschland ist auch 2019 weiter gefallen und hat damit niedriges Niveau des Jahres 2018 nochmals unterschritten. Mit einer Gesamthöhe von 12.832 Petajoule (PJ) oder 437,8 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) lag der Verbrauch um 2,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Verantwortlich für diese Entwicklung sind, wie die Arbeitsgemeinschaft

Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) in ihrem Jahresbericht 2019 ausführt, die mildere Witterung sowie die energiepolitischen und ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen, welche zum weiteren Anstieg der Energieproduktivität geführt haben, der Strukturwandel, demografische Faktoren, aber auch die Energiepreise Ohne den verbrauchsmindernden Einfluss der milden Witterung wäre der Energieverbrauch nach Berechnungen der AG Energiebilanzen nicht um 2,1, sondern um 2,4 Prozent gesunken.

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2019 nach vorläufigen Daten der AG Energiebilanzen um gut 3 % auf 982 Mrd. kWh zu. Als Primärenergieträger erreichte Erdgas 2019 eine Höhe von 3.191 PJ (105,4 Mio. t SKE) und lag damit um 3,3 Prozent über dem Vorjahr. Hauptgrund für diesen Anstieg war der Erdgaseinsatz für Wärmezwecke, da es im ersten Halbjahr 2019 zeitweise deutlich kühler als im Vorjahr war.

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) liegt die Brutto-Stromerzeugung in Deutschland in 2019 nach derzeitigen Erkenntnissen bei etwa 604 Mrd. kWh (VJ 647 Mrd. kWh). Dazu trugen die Energieträger Braunkohle 19 % (22,5 %), Steinkohle 10 % (13,4 %), Kernenergie 12 % (11,8 %) und Erdgas 15 % (13,7 %) bei. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung ist 2019 nach vorläufigen Erkenntnissen im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen, und zwar von 35,0 % auf 40 %. Der Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2019 basiert im Wesentlichen aus der Windenergie mit 17 % (VJ 17,3 %), Energie aus Biomasse mit 8 % (VJ 7,1 %) und Photovoltaik ebenfalls mit 8 % (VJ 7,1 %).

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Das wirtschaftliche Wachstum hatte einen positiven Einfluss auf die Stromnachfrage, während der Trend, Energie sparsamer zu nutzen, gegenläufig wirkte. Nach ersten Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) war der deutsche Stromverbrauch 2019 um 2 % geringer als in 2018, was maßgeblich auf die konjunkturelle Abschwächung zurückzuführen ist.

Bei Gas hat sich die Nachfrage anders verändert. Nach vorläufigen BDEW-Daten erhöhte sich sie sich in Deutschland um 3,3 %. Witterungsbedingt liegt die Zunahme bei fast zwei Prozent. Der Zuwachs ist zum einen auf die bessere Wettbewerbsfähigkeit von Erdgas bei der Strom- und Wärmeerzeugung im Vergleich zu anderen Energieträgern zurückzuführen. So setzten die Energieversorger deutlich mehr Erdgas in den Kraft- und Heizwerken ein als im Vorjahr. Zum anderen steigt auch die Zahl der mit Erdgas beheizten Wohnungen stetig. Dies führte zu einem höheren Gasverbrauch von Haushalten und Wohnungsgesellschaften.

Während sich bei Industrieunternehmen vor allem die wirtschaftliche Entwicklung auf den Energieverbrauch auswirkt, wird der Energieverbrauch der Haushalte in starkem Maße von den Witterungsverhältnissen beeinflusst: Je höher die Außentemperaturen, desto weniger Energie wird zum Heizen benötigt, allerdings steigt der Energiebedarf für Klimatisierung von Betrieben und Gebäuden. Ist es draußen kalt, laufen die Heizungen dagegen auf Hochtouren. 2019 lagen die Durchschnittstemperaturen erneut über dem jeweiligen Zehnjahresmittel.

Neben dem Energieverbrauch unterliegt auch die Stromerzeugung Wettereinflüssen. Eine wichtige Rolle für die WBN spielt das Windaufkommen, von dem die Auslastung unserer sechs Windkraftanlagen maßgeblich abhängt. Im vergangenen Jahr lag es in Deutschland auf dem langjährigen Mittel.

Erdgas zeichnete sich 2019 durch ein extrem niedriges Spotpreisniveau aus. Am niederländischen Handelsplatz TTF (Title Transfer Facility), dem kontinentaleuropäischen Leitmarkt, lagen die Notierungen im Durchschnitt bei 14 €/MWh. Sie waren damit 9 € niedriger als ein Jahr zuvor. Eine wesentliche Rolle spielte dabei, dass der Heizgasbedarf wegen des milden Winters 2018/2019 ungewöhnlich niedrig war. Außerdem drängten große Mengen an verflüssigtem Erd-

gas (LNG) auf den europäischen Markt, wodurch die Preise noch mehr unter Druck gerieten. Zusätzliche Verbräuche aufgrund einer verbesserten Auslastung von Gaskraftwerken konnten das nicht ausgleichen. Im Gasterminhandel – in dem die WBN sich nahezu ausschließlich für Frontjahre eindeckt und auch in den Vorjahren für das Berichtsjahr eingedeckt hat - hat sich das Preisniveau ebenfalls verringert, wenn auch nicht ganz so stark: Der TTF-Forward 2020 kostete im Berichtsjahr durchschnittlich 18 €/MWh. Zum Vergleich: 2018 war der Forward 2019 mit 21 € gehandelt worden.

Die Preise im Privatkundengeschäft folgen der Entwicklung am Großhandelsmarkt typischerweise mit zeitlicher Verzögerung. Sie waren 2019 teilweise noch durch die niedrigen Preise der vergangenen Jahre geprägt.

Die Preise für Industriekunden folgen den Großhandelspreisen in der Regel mit einem geringeren Zeitversatz, daher war hier im Berichtsjahr bereits eine Preisreduzierung zu verzeichnen.

Verbilligung von Erdgas und auch Steinkohle dämpften die Notierungen im Stromgroßhandel, während die Verteuerung von Emissionsrechten gegenläufig wirkte. Grundlaststrom wurde 2019 am deutschen Spotmarkt mit durchschnittlich 38 €/MWh gehandelt und damit 6 € unter dem Preisniveau des Vorjahres. An den Terminmärkten – auf dem die WBN wie auch im Gasbereich zur Eindeckung aktiv ist - zeigte sich folgendes Bild: Der deutsche Grundlast-Forward 2020 kostete 2019 durchschnittlich 48 €/MWh; das sind 4 € mehr, als im Vorjahr für den Forward 2019 gezahlt wurde. Eine Auswirkung hierüber wird aber eher in den Folgejahren zu verzeichnen sein.

Im Endkundengeschäft wird die Höhe der Stromrechnung in großem Maße durch Netzkosten, Umlagen und Steuern mitbestimmt, vor allem bei privaten Haushalten. Die Preise für Haushaltskunden in Deutschland lagen im vergangenen Jahr trotz der gestiegenen Großhandelspreise in den eindeckungsbestimmenden Frontjahren nur knapp über denen des Vorjahres.

Tourismuspolitische Rahmenbedingungen:

Die Tourismuswirtschaft ist eine der Wachstumsbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze und sorgt für umfangreiche zusätzliche Investitionen.

Die Bruttowertschöpfung der Tourismusbranche betrug laut Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Jahr 2015 über 105 Milliarden Euro - das entspricht 3,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland und ist vergleichbar mit dem Einzelhandel (3,3 %) oder dem Maschinenbau (3,5 %).

Mehr als 2,9 Millionen Erwerbstätige waren in Deutschland im Jahr 2015 direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt – das sind 6,8 % der inländischen Gesamtbeschäftigung. Damit liegt der Tourismus noch vor dem Baugewerbe und dem Sektor Erziehung und Unterricht (beide 5,6 %) (Quelle: ebenda). Für die Bundesregierung zählt der Tourismus zu den Schlüsselbranchen in Deutschland.

Laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2016 sorgt der Tourismus innerhalb der Stadt Norden für einen Bruttoumsatz von 168 Mio. Euro p.a. und sichert 4.200 Arbeitsplätze. Der touristische Einkommensbeitrag liegt bei 87 Mio. Euro p.a. und beträgt damit 16 % des Primäreinkommens. Die Stadt Norden erzielt dabei jährliche tourismusinduzierte Steuereinnahmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Quelle: dwif).

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland in Beherbergungsbetrieben ab 10 Betten im Berichtsjahr 2019 um 3,7 % auf den Rekordwert von 496 Millionen gestiegen. Laut Landesamt für Statistik Niedersachsen konnte das Bundesland Niedersachsen in den gewerblichen Betrieben einen Übernachtungszuwachs von

2,8 % auf 46,0 Millionen und einen Zuwachs der Ankünfte um 2,5 % auf 15,4 Millionen verzeichnen und erreicht damit einen neuen Rekord.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft stellte sich im Berichtsjahr insgesamt recht erfreulich dar.

Entwicklung der Energie- und Wasserversorgung

Die Komplexität und Dynamik des Energiemarktes ist unverändert hoch. Die in Deutschland beschlossene Energiewende und die damit in Zusammenhang stehenden Klimaschutzprogramme führen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Energiebranche.

Die gestiegenen Ansprüche an Klimaschutz und Energieeffizienz, der zunehmende Wettbewerb sowie die weiterhin hinzukommenden Aufgaben im administrativen Bereich, resultierend aus der Regulierung der Energiemärkte, stellen das Unternehmen vor neue unternehmerische Anforderungen.

Die Strategie des Geschäftsbereichs Versorgung vor diesem Hintergrund für die kommenden Jahre lautet:

- Ausbau der regenerativen und effizienten Energieerzeugung
- Optimierung der Beschaffungsgrundlagen für Strom und Gas, auch in Kooperation mit befreundeten Stadtwerken in der Region im Rahmen der Kooperation Ostfriesischer Stadtwerke (KOS).
- Auf- und Ausbau von weiteren Kooperationsfeldern in der KOS, wie z.B. Materialeinkauf, Produktmanagement, Elektromobilität, etc.
- Imageverbesserung und Erhöhung der Kundenbindung vor Ort.
- Einstieg in neue Felder der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Mobilitätsdienstleistungen

Der Geschäftsbereich Versorgung kann auf ein mittelmäßiges Jahr 2019 zurückblicken. Bei einem Versorgungsumsatz von 28.347 T€ (VJ 28.786 T€) und einem Jahresergebnis der Versorgung von 1.084 T€ (VJ 1.669 T€), konnten die Sparten Gas und Wasser ein gutes Ergebnis erzielen, die Sparten Strom und Fernwärme schlossen jedoch mit einem negativen Ergebnis ab, wobei dieses im Bereich Fernwärme strukturell bedingt ist.

Fakt ist, dass mit den gegebenen infrastrukturellen Bedingungen, insbesondere im Fernwärmenetz Norddeich, ein kostendeckender Betrieb zu vertretbaren Endkundenpreisen nicht zu generieren ist. Das Problem beschäftigt die Gesellschaft seit mehreren Jahren, gewissermaßen seit Aufnahme des Betriebes des Fernwärmenetzes und des Baus des Holzheizwerks Lehmweg im Jahre 2003.

Durch eine Umstellung der Wärmeerzeugung, insbesondere eines Kapazitätsausbaus der Kraftwärmekopplung am Ocean Wave durch Inbetriebnahme weiterer BHKWs, ist es Ziel, das Holzheizwerk Lehmweg kurzfristig vollständig außer Betrieb zu nehmen. Im Berichtsjahr wurde durch die erfolgreiche Durchführung einer Ausschreibung ein weiterer Schritt im Hinblick auf die Umsetzung dieses Ziels getan.

In der Sparte Strom wird das negative Ergebnis insbesondere durch das defizitäre Ergebnis in der Erzeugung generiert. Schließen die Bereiche Handel, Netzbetrieb und die sonstigen Aktivitäten mit einem positiven Ergebnis ab, so schließt der Bereich Erzeugung hoch negativ ab. Hierbei gibt es strukturelle Probleme in einzelnen seit Jahren laufenden BHKWs. Hier wird kurzfristig zu untersuchen sein, ob die Fortführung einzelner – zum Teil aus der Förderung gelaufener – BHKW/Wärmeconzepte in der Zukunft unter ökologischen, insbesondere aber unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Im Geschäftsbereich Versorgung wird das Technische Sicherheitsmanagement (TSM) weiterhin konsequent verfolgt. Eine turnusmäßige Re-Zertifizierung wurde um Berichtsjahr erfolgreich durchgeführt.

Entwicklung Tourismus und Bäder

Das touristische Jahr 2019 wurde u.a. erneut durch die unsichere politische Lage in außereuropäischen Urlaubsgebieten beeinflusst, es ist jedoch wieder eine Tendenz zu Reisen ins Ausland zu sehen. Nichtsdestotrotz stiegen die Gästeankünfte in Norden-Norddeich um 3,3 % auf 318.298. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 2,1 % auf 1.966.329. Damit ist erneut eine sinkende durchschnittliche Aufenthaltsdauer festzustellen.

Infolge der stagnierenden Übernachtungszahlen änderten sich im Vorjahresvergleich auch die Erlöse aus Kurabgaben um 1 T€ auf 3.323 T€ nur geringfügig.

Im Erlebnisbad „Ocean Wave“ wurden incl. Sauna und Solarium im Jahr 2019 203.190 Besucher gezählt. Dies sind 10.511 Besucher bzw. 5,5 % mehr als im Vorjahr. Ursache für den Besucheranstieg dürfte ein verändertes Nutzerverhalten gewesen sein. Auch bei Außentemperaturen von z.T. über 30 Grad Celsius wurden die Einrichtungen sehr gut besucht. Das Bad erzielte einen Gesamtumsatz von 1.738 T€ (Vorjahr 1.511 T€).

Insgesamt verbesserte sich das Ergebnis des Geschäftsbereichs Bäder im Vorjahresvergleich um 347 T€ auf -1.766 T€, das Ergebnis des Geschäftsbereichs Tourismus verschlechterte sich um 70 T€ auf 2.025 T€. Die Sparte Tourismus und Bäder erreichte somit insgesamt ein Ergebnis von + 260 T€.

III. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.349 T€ ausgewiesen (VJ Jahresüberschuss 1.570 T€). Damit weicht das Jahresergebnis positiv um 1.028 T€ von dem geplanten Ergebnis ab (geplanter Jahresüberschuss 321 T€).

Das gute Ergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus den auskömmlichen Margen im Energievertrieb, insbesondere im Bereich Gas. Hinzuweisen ist auf die erneute positive Planabweichung in der Sparte Tourismus und Bäder: Mit einem Jahresergebnis von + 260 T€ schließt die Sparte um 659 T€ besser als geplant ab.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2019 35.337 T€ (VJ 35.612 T€) und liegen damit 0,8 % unter dem Wert des Vorjahres.

Die Absatzzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2019	2018
Strom	46.660 MWh	49.810 MWh
Gas	236.831 MWh	233.142 MWh
Wärme	35.190 MWh	36.023 MWh
Wasser	1.267 Tm ³	1.284 Tm ³

Absatzrückgänge im Bereich Strom lassen sich insbesondere dadurch erklären, dass der Trend zur Bündelung des Filialbetriebes weiterhin anhält und somit Kundenverluste im Bereich der Gewerbekunden zu verzeichnen sind. Im Bereich Privatkunden kann der Marktanteil auf einem hohen stabilen Niveau gehalten werden. Die Absatzrückgänge im Bereich Wärme erklären sich insbesondere durch weitere wärmedämmende Modernisierungsmaßnahmen der angeschlossenen Liegenschaften. Zwar lag die Durchschnittstemperatur in Norden im Jahr 2019 erneut deutlich oberhalb des planungsrelevanten 5-Jahresmittel der Jahre 2013 bis 2018, aber trotz des warmen Jahres deutlich unter den Durchschnittstemperaturen des Vorjahres, was insgesamt zu einer Absatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr führte.

Die Segmentabschlüsse für das Stromnetz und das Gasnetz zeigen ein homogenes Bild. So sank das Ergebnis des Segments Stromverteilung auf 185 T€ (VJ 325 T€); im Segment Gasverteilung sank das Ergebnis auf -476 T€ (VJ -195 T€).

Die Wasserversorgung (Aufbereitung, Verteilung, Verkauf) erreichte ein Ergebnis von 35 T€ (VJ: 91 T€).

In der Sparte Tourismus und Bäder entwickelten sich die einzelnen Bereiche unterschiedlich. Im Marketing verringerte sich der Überschuss auf 627 T€ (VJ 656 T€), im Bereich Tourist-Info und Services erhöhte sich der Verlust auf 704 T€ (VJ 618 T€). Der Bereich Strand- und Kuranlagen konnte sein Vorjahresergebnis mit einem Defizit von 563 T€ (VJ 503 T€) nicht verbessern. Die Unterdeckungen werden vollständig aus den Einnahmen des Gästebeitrages ausgeglichen.

Die Personalaufwendungen betragen 7.255 T€ (VJ 7.135 T€). Die Erhöhung in Höhe von 120 T€ (1,7 %) erklärt sich hauptsächlich durch die tariflichen Personalkostensteigerungen im Geschäftsjahr (3,09 %).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 74 T€ auf 4.812 T€ gestiegen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind die an die Stadt Norden (1.063 T€) und an die Samtgemeinde Hage (60 T€) abzuführenden Konzessionsabgaben (insgesamt 1.123 T€, VJ insgesamt 1.177 T€).

2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 46.682 T€ (VJ 47.415 T€). Das gestiegene Anlagevermögen hat weiterhin einen Anteil von 81,5 % (VJ 74,6 %) an der Bilanzsumme.

Im Jahr 2018 wurde auf Hinweis der Kommunalaufsicht eine Vereinbarung mit der Stadt Norden getroffen, die vorsieht, die im Jahre 2014/2015 im Rahmen der gesellschaftlichen Schieflage gewährte Kapitalstärkung in Höhe von 1.349 T€ aus Haushaltsmitteln, zurückzuführen. Hierbei wur-

de eine moderate Ratenzahlung vereinbart, die Teilzahlungen in den Jahren 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 400 T€, sowie im Jahre 2021 in Höhe von 149 T€ vorsieht.

Aufgrund des Jahresüberschusses, unter Abzug der vorab erwähnten im Berichtsjahr erfolgten Teilrückzahlung aus der Kapitalrücklage, erhöht sich das Eigenkapital in Summe noch um 949 T€ auf nunmehr 17.854 T€ (VJ 16.905 T€). Dadurch ergibt sich eine deutlich erholte Eigenkapitalquote von 38,3 % (VJ 35,7 %) gegenüber dem Wert der noch im Jahresabschluss 2014 zu verzeichnen war (20,8 %).

Die Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse haben sich planmäßig um 75 T€ vermindert.

3. Investitionen

Im Berichtsjahr nahm die WBN erhebliche Investitionen in Höhe von insgesamt 6.054 T€ vor. Dabei stechen die Investitionen zur Umsetzung des Masterplans Wasserkante in Höhe von 2.506 T€ heraus. Die Investitionen wurden im Wesentlichen durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 4.500 T€ finanziert.

4. Finanzlage

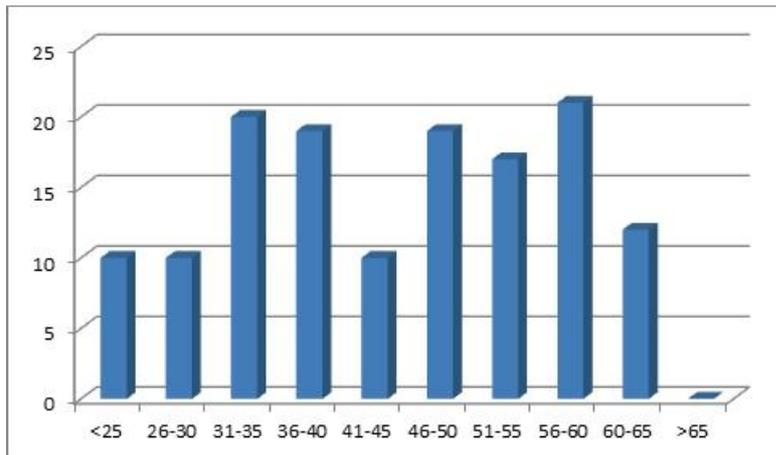
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 4.581 T€ (VJ 4.907 T€). Es wurden finanzielle Mittel für Investitionstätigkeiten (6.054 T€) sowie zur Tilgung von Darlehen (2.038 T€) eingesetzt. Damit haben sich die liquiden Mittel zum Jahresende um 4.451 T€ auf 2.743 T€ verringert.

5. Personal

Zum Bilanzstichtag wurden 138 Mitarbeiter (Vorjahr: 137) beschäftigt. Im Geschäftsbereich Versorgung 84 (80) und im Geschäftsbereich Tourismus und Bäder 54 (57). Das Durchschnittsalter beträgt insgesamt 43,81 (44,47) Jahre. Im Bereich Versorgung ist der Schnitt etwas niedriger, dieser liegt momentan bei 43,28 (44,97) Jahren, während im Bereich TI & Bäder der Schnitt bei 43,96 (43,45) Jahren liegt. 24 (25) % der Mitarbeiter sind über 55 Jahre alt, insgesamt 9 (7) % über 60. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild.

Gruppe	<=25	26-30	31-35	36-40	41-45	46-50	51-55	56-60	61-65	>65
Anzahl	10	10	20	19	10	19	17	21	12	0
%	7%	7%	14%	14%	7%	14%	12%	15%	9%	0%
%	29%			21%		26%		24%		

138



Insbesondere aufgrund des steigenden Anteils der Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden, sieht die Geschäftsführung es weiterhin als notwendig an, für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Durch eine umfassende Personalplanung ist es uns im letzten Jahr gelungen, durch Renteneintritt entstandene oder sonstige vakante Stellen, frühzeitig zu besetzen. Hierbei ist hervorzuheben, dass viele Stellen durch eigene Auszubildende und junge Nachwuchskräfte besetzt werden konnten. Künftig soll diese Vorgehensweise durch das erarbeitete Personalentwicklungskonzept weiter intensiviert werden.

6. Nicht finanzielle Ziele

Neben den vorgenannten finanziellen Leistungsindikatoren und nicht finanziellen Leistungsindikatoren (Energie- und Wassermenge) verfolgt die WBN auch nichtfinanzielle Ziele:

Diverse Methoden, Vorgaben und Regeln für ein Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) gemäß ISO/IEC 27001 wurden im Geschäftsjahr 2019 weiterentwickelt. Die damit einhergehenden Eingriffe in die Organisation und Prozessabläufe der WBN zur dauerhaften Steuerung und Verbesserung der Informationssicherheit wurden durch interne und externe Überwachungsaudits im Juni und November/Dezember 2019 erfolgreich bestätigt.

Die WBN unterstützt traditionell das Engagement von Vereinen, Institutionen und Einrichtungen im sozialen karitativen Umfeld von Norden. So wurde beispielsweise im Berichtsjahr gemeinsam mit dem Verein „Mitfahrerbanken Norden e.V.“ im Rahmen eines Sponsorings mehrere sogenannte Mitfahrerbanken in Norden aufgestellt werden. Diese erhöhen die Mobilität, insbesondere der älteren Generationen deutlich und tragen so zur Erhöhung der Lebensqualität dieser Personengruppe vor Ort bei.

Im Wasserwerk Hage informiert die WBN durchgehend über das Lebensmittel Wasser, was im Jahr 2019 durch einen gut besuchten Tag der offenen Tür im Juni untermauert worden ist.

7. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2019 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH verlief erfreulich. Die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2019 konnten deutlich übertroffen werden.

C. Chancen und Risikobericht

Risiken:

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagementsystems werden die Risiken systematisch identifiziert und analysiert sowie hinsichtlich der potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Die bestehenden Risiken haben unterschiedliche Ursachen. Als wesentlich für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft sehen wir folgende, mit absteigender Gewichtung aufgeführte Risiken.

Marktrisiken

Die WBN ist im Zuge der Geschäftstätigkeit, wie andere Energieversorger auch, den Risiken der Energiemärkte ausgesetzt. In der Energiebeschaffung werden die bezugsseitigen Risiken durch Vollversorgungsverträge mit Vorlieferanten minimiert.

Eine mögliche weitere Verschärfung des Wettbewerbs kann zu einer Beeinträchtigung der Ertragslage führen.

Ausfallrisiken

Die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen und dadurch beim liefernden Unternehmen finanzielle Verluste verursacht werden, ist latent vorhanden. Im Bereich von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2019 Forderungen in Höhe von 67 T€ (Vorjahr 44 T€) abgeschrieben. Mit einer Vielzahl von Kunden mussten Ratenzahlungsvereinbarungen vereinbart werden. Die Zusammenarbeit mit einem Inkassounternehmen sowie hiesigen Anwälten hat sich bewährt. Das Ausfallrisiko von Kundenforderungen wird dennoch grundsätzlich bestehen bleiben; belastbare Aussagen über deren genaue Höhe und konkreten Zeitpunkt können nicht gemacht werden. Dem generellen Ausfallrisiko wird zusätzlich über die Erfassung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Preisänderungsrisiken

Für Teilnehmer am Großhandelsmarkt können, aufgrund von schwankenden Preisen, Preisänderungsrisiken auftreten. Diese Preisschwankungen können zusätzlich abhängig vom Annahmeverhalten zu Gewinnen und Verlusten führen. Weiterhin besteht die Gefahr des Kundenwechsels bei zuvor für diesen Kunden getätigter Beschaffung. Die WBN hat in der Beschaffung sogenannte Vollversorgungsverträge ohne Take-or-Pay-Klauseln abgeschlossen. Dadurch sind die diesbezüglichen Risiken nahezu ausgeschlossen. Es werden nur die abgesetzten Mengen abgerechnet. Risiken bezüglich einer negativen Auswirkung auf das Ergebnis bestehen im Bereich der Privat- und Kleingewerbekunden. Hier kann mit einer Preisanpassung gegengesteuert werden. Im RLM-Bereich werden die Energiemengen direkt für die Kunden mit Abschluss des Energieliefervertrages gekauft, wodurch keine Risiken auftreten.

Betriebsrisiken

In den Unternehmensbereichen werden Anlagen mit einem hohen Grad an technischer Komplexität und Vernetzung eingesetzt. Ein Ausfall von Komponenten kann die Leistungsfähigkeit und damit die Ertragskraft des Unternehmens beeinträchtigen. Diesen Risiken wird durch geprüfte Verfahren aus Wartung und Qualitätssicherung sowie durch die Schulung und Auswahl von qualifiziertem Personal begegnet.

Zum Schutz der sogenannten kritischen Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und zugehöriger IT-Systeme der Energieversorgung wurden im Geschäftsjahr 2019 weitere Vorgaben aus dem Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) umgesetzt. Das Wiederholungsaudit zur Zertifizierung wurde erfolgreich durchlaufen.

Tourismus und Bäder

Im Bereich „Tourismus und Bäder“ bestehen weiterhin mittlere Risiken durch einen möglichen Rückgang der Besucher- und Übernachtungszahlen infolge externer Einflüsse (z.B. Erreichbarkeit, Ferienordnung, touristische Konkurrenz im In- und Ausland, Umweltkatastrophen, Wetter, Pandemien) sowie bei Änderungen der steuerlichen Regelungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Geschäftsjahr 2020 werden wir gerade von diesem Risiko durch die weltweite Corona-Virus Ausbreitung stark getroffen. Nach dem von der Bundesregierung angeordneten Shut-Down Mitte März 2020 brachen Großteile der Monatsumsätze des Geschäftsbereichs für die Monate März bis Mai weg, so dass wir hier aktuell von Umsatzrückgängen in Höhe von 1,3 Mio. € mit Stand Ende Mai 2020 ausgehen. Diese werden wir nur zum Teil durch eingeleitete Kosteneinsparungen (Kurzarbeitergeld, Budgetkürzungen für Marketingmaßnahmen) auffangen können, so dass wir für die WBN nunmehr schon von einem deutlichen negativen Ergebnis für das Geschäftsjahr 2020 ausgehen.

Liquiditätsrisiken

Risiken, dass das Unternehmen möglicherweise nicht in der Lage ist, ausreichen Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung von eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind, bestehen derzeit nicht. Für kurzfristige Liquiditätsengpässe sind entsprechende Kontokorrentlinien eingeräumt.

Umfeldrisiken

Das politische, rechtliche und gesellschaftliche Umfeld der Gesellschaft unterliegt einem beständigen Wandel. So bergen weltweite Krisensituationen mögliche Risiken in sich. Weiterhin können aufwendige Umsetzungen von Änderungen der Energiewende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen.

Zusammenfassend lassen sich bestandgefährdende Risiken derzeit nicht erkennen.

Chancen:

Im Privatkundensegment wird bei aktuell steigenden Beschaffungspreisen und unter der Annahme von tagesaktueller Beschaffung durch Wettbewerber von einer preislichen Entspannung auf der Vertriebsseite ausgegangen.

Im Finanzergebnis macht sich das bei bisher weiter fallendem Zinsniveau positiv bemerkbar. Durch den Auslauf von Festzinsvereinbarungen in Bestandsdarlehen in den kommenden Geschäftsjahren werden die Zinsaufwendungen weiterhin sinken. Auch die zu erwartenden Darlehensaufnahmen für Investitionen werden, unter Berücksichtigung der den Darlehensübernahmen gegenüberstehenden jährlichen Tilgungsleistungen in den Bestandsdarlehen, an diesem mittelfristigen Trend nichts ändern.

Durch weitere Optimierungen des Forderungsmanagements sollen Forderungen besser verfolgt und damit Forderungsausfälle möglichst weiter vermieden bzw. noch reduziert werden.

Durch die umfangreichen Investitionen am Masterplan Wasserkante wird die Tourismusdestination Norden-Norddeich nachhaltig attraktiviert. Die Attraktivierung soll die erfolgreiche Stellung Norden-Norddeichs im Markt festigen, ggf. sogar weiter ausbauen um dadurch für die Zukunft durch die Gäste für alle vor Ort tätigen Unternehmen im Tourismus, die Grundlage zu schaffen, erfolgreich tätig sein zu können.

D. Ausblick und Prognosebericht

Der wirtschaftlich negative Trend der beiden Jahre 2013 und 2014 konnte bereits in den Vorjahren gestoppt werden. Die Gesellschaft hat auch im Jahr 2019 positive Erträge erwirtschaftet.

Für die Gesellschaft ist es wichtig, die Prozessabläufe unter Kostengesichtspunkten effizient zu gestalten. Dieses gilt insbesondere für die Standardprozesse im Versorgungsbereich. Um die Prozesse zu erfassen, zu optimieren sowie in der Aufbauorganisation mit ihren Verantwortlichkeiten zu verorten, wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Unternehmensberatung Projekt:M das Programm „Orga-Man“ entwickelt, das es uns ermöglicht, die Prozesse zu erfassen und anhand von vorgegebenen Zeitabständen zu evaluieren. Hier wird es weiterhin Aufgabe sein, eine nahezu vollständige Erfassung der Prozesse in den folgenden Jahren zu erreichen.

Die Gesellschaft geht in ihrer ursprünglichen im Dezember 2019 aufgestellten Wirtschaftsplanung von einem positiven Jahresergebnis von ca. 321 T€ in 2020 und ebenfalls einem positivem Ergebnis in 2021 aus. Hierbei tragen die Sparten Strom und Gas ganz wesentlich zum Ausgleich der Verluste in den Bereichen Wärme, Wasser und Bäder bei.

Aufgrund der im ersten Quartal 2020 sich ausbreitenden Corona-Krise und der Einschränkungen auf das öffentliche Leben erwarten wir nunmehr für das Geschäftsjahr 2020 einen deutlich niedrigeren Umsatz im Geschäftsbereich Tourismus/Bäder, in Folge dessen ein stark negatives Ergebnis. Die derzeit hohe Ungewissheit und die daraus resultierenden Folgen lässt zum jetzigen Zeitpunkt noch keine hinreichende konkrete Abschätzung der Auswirkungen auf die Prognose der Gesellschaftsentwicklung zu.

Die Sparte Tourismus und Bäder konnte erfreulicherweise erstmals einen Gewinn erwirtschaften. Seit Anfang 2017 wird sukzessive ein neues Tourismuskonzept für Norden-Norddeich umgesetzt, das 2015 erarbeitet wurde. Auf der Grundlage dieses Konzeptes wird das Ziel verfolgt, Norden-Norddeich als Tourismusdestination mit neuen Impulsen aufzuwerten und sich den veränderten Marktbedingungen anzupassen.

Wichtigstes Projekt aus dem Tourismuskonzept ist die Neugestaltung des Vordeichgeländes mit einem geschätzten Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 12 Mio. €. Eine Realisierung wird sukzessive in Teilabschnitten erfolgen. Der „Masterplan Wasserkante“ beabsichtigt eine zielgruppengerechte Aufwertung und barrierefreie Gestaltung des Strandbereiches. Die Realisierung des ersten Bauabschnittes vor der Drachenwiese erfolgte weitestgehend im Sommer 2019. Eine weitere Umsetzung des Masterplans Wasserkante auf der Westseite ist für die Jahre 2020 und 2021 geplant. Für das Jahr 2020 sind Gesamtinvestitionen in Höhe von 9.073 T€ vorgesehen.

Die erfreulichen Ergebnisse dürfen weiterhin nicht euphorisch gesehen werden. Die positiven Ergebnisse haben sich im Wesentlichen aus positiven Margenfortführungen in der Gassparte generiert. Diese werden am Markt nicht auf Dauer zu halten sein.

Heute ist bereits bekannt, dass die von der Gesellschaft betriebenen Windenergieanlagen im Jahre 2024 allesamt aus der festen EEG-Vergütung laufen werden. Zu aktuellen Marktpreisen ist eine Stromproduktion mit den bestehenden WEA und deren Betriebskosten nicht wirtschaftlich. Ob - und falls ja, wie - der Gesetzgeber einen weiteren Betrieb der Anlagen außerhalb der EEG-Vergütung zum Erreichen der Klimaziele fördern wird, ist derzeit noch unbekannt. Mit den heutigen Erkenntnissen wird es dazu führen, dass bis 2024 sukzessive ein bedeutendes, Ertrag bringendes Standbein der Gesellschaft wegbrechen wird. Dieses mit neuen gewinnbringenden Geschäftsmodellen auszugleichen, wird eine der Herausforderungen der naheliegenden Zukunft sein.

Norden, 29. Mai 2020



Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer



Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer



Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite

	Euro	31.12.2019 Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	449.783,50		444.758,51
2. Geleistete Anzahlungen	0,00		0,00
		449.783,50	444.758,51
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.599.639,43		10.872.537,30
2. Technische Anlagen und Maschinen	22.229.135,82		21.612.026,12
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.377.761,41		1.236.067,49
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.125.051,08		957.427,32
		37.331.587,74	34.678.058,23
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	8.436,77		8.436,77
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		0,00
3. Genossenschaftsanteile	640,00		640,00
4. Sonstige Ausleihungen	249.634,38		225.873,57
		258.711,15	234.950,34
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	491.383,33		551.856,26
2. Unfertige Leistungen	1.787,19		2.646,00
3. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		0,00
		493.170,52	554.502,26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.481.795,04		2.582.014,56
2. Forderungen gegen Gesellschafter	166.888,87		220.790,91
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.610.995,90		1.393.366,24
		5.259.679,81	4.196.171,71
III. Schecks, Kassenbestand und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten			
		2.743.123,05	7.193.695,18
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	146.390,13		113.198,27
		146.390,13	113.198,27
<u>BILANZSUMME</u>		<u>46.682.445,90</u>	<u>47.415.334,50</u>

		Passivseite	
	Euro	31.12.2019 Euro	Vorjahr Euro
<u>A. Eigenkapital</u>			
I. Gezeichnetes Kapital	11.800.000,00		11.800.000,00
II. Kapitalrücklage	2.637.859,25		3.037.859,25
III. Gewinnrücklage	558.154,47		558.154,47
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.509.177,37		-60.550,88
V. Jahresüberschuß	1.349.284,89		1.569.728,25
	<hr/>	17.854.475,98	<hr/> 16.905.191,09
<u>B. Empfangene Ertragszuschüsse</u>			
		78.197,26	153.631,00
<u>C. Rückstellungen</u>			
1. Sonstige Rückstellungen		1.403.727,89	1.608.293,17
<u>D. Verbindlichkeiten</u>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	20.793.227,53		18.072.822,48
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	224.894,34		213.178,01
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.684.522,59		3.282.332,44
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	110.698,59		1.828.019,27
5. Sonstige Verbindlichkeiten, - Steuerverbindlichkeiten: € 1.867.909,56 (Vorjahr: € 302.084,81)	3.452.094,72		<hr/> 5.260.090,04
		27.265.437,77	<hr/> 28.656.442,24
<u>E. Rechnungsabgrenzungsposten</u>			
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten		80.607,00	91.777,00
 <u>BILANZSUMME</u>		<hr/> <hr/> 46.682.445,90	<hr/> <hr/> 47.415.334,50

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019

	Euro	01.01.-31.12.2019 Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	35.590.384,95		35.848.071,62
abzüglich Stromsteuer	-33.328,54		-43.857,78
abzüglich Energiesteuer	-220.170,41		-192.339,87
		<u>35.336.886,00</u>	<u>35.611.873,97</u>
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		358.219,60	224.881,67
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>706.030,77</u>	<u>655.675,01</u>
		36.401.136,37	36.492.430,65
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.430.047,49		15.897.848,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.995.061,05		2.188.526,02
		<u>18.425.108,54</u>	<u>18.086.374,86</u>
5. Personalaufwand:			
a) Löhne und Gehälter	5.696.249,29		5.678.463,64
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, (davon für Altersversorgung: 371.708,96 €) (Vj.: 364 T€)	1.558.525,50		1.456.365,20
		<u>7.254.774,79</u>	<u>7.134.828,84</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.352.070,33	3.395.552,20
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4.811.729,30	4.737.523,81
8. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.269,03	5.121,04
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 513,07 (Vorjahr 932,46)		5.166,26	7.645,56
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		0,00	22.600,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, - davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 7.269,06 (Vorjahr 11.934,29)		585.470,11	803.636,77
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>556.472,60</u>	<u>677.759,97</u>
13. Ergebnis nach Steuern		1.425.945,99	1.646.920,80
14. Sonstige Steuern		<u>76.661,10</u>	<u>77.192,55</u>
15. Jahresüberschuss		<u>1.349.284,89</u>	<u>1.569.728,25</u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Norden und wird beim Amtsgericht Aurich unter HRB 100756 geführt.

II. Angaben zur Form und Darstellung des Abschlusses

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Anhang folgt in seiner Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung von Fertigungs- und Materialgemeinkostenzuschlägen bewertet. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen der Versorgungsbereiche wird linear und degressiv, die betriebstypischen Anlagen der Bäder werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen werden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen.

Die Nutzungsdauer bei technischen Anlagen und Maschinen beträgt zwischen 10 und 35 Jahren, bei anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung 4 bis 20 Jahre.

Das Meerwasser-Hallenwellenbad „Ocean Wave“ wird über einen Zeitraum von 33 Jahren abgeschrieben. Die technische Einrichtung unterliegt Nutzungsdauern zwischen 7 und 25 Jahren.

Angeschaffte geringwertige Anlagegüter bis zu einem Wert von 800 € werden im Anschaffungsjahr abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit höheren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten werden planmäßig linear über die übliche Nutzungszeit abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Marktpreisen unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten unter Einbeziehung von Lohn- und Materialgemeinkosten bilanziert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken angesetzt.

Die flüssigen Mittel werden am Bilanzstichtag zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum an diesem Zeitpunkt darstellen.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden seit 2003 passivisch vom dazugehörigen Anlagegut abgesetzt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Jahr 2002 wurden die von den Anschlussnehmern erhobenen Baukostenzuschüsse in den Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse eingestellt. Der Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse wird jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst. Im Jahr 2019 wurden 75 T€ aufgelöst.

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Als passiver Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Latente Steuern ergeben sich grundsätzlich aus sich in den Folgejahren wieder ausgleichenden Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen, sofern sich daraus zukünftige Steuerbe- oder -entlastungen ergeben. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem Steuersatz, der zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Umkehrung der Differenzen anzuwenden ist. Dabei handelt es sich um den kombinierten Steuersatz aus der Körperschaftsteuer in Höhe von 15 %, Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % sowie Gewerbesteuer von 13 % (Hebesatz von 380 %). Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen der Handels- und der Steuerbilanz ergeben sich bei den sonstigen Rückstellungen. Zudem bestehen steuerliche Verlustvorträge. Vom Wahlrecht zur Aktivierung des aktivischen Überhangs der latenten Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

IV. Angaben zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im anliegenden Anlagenspiegel dargestellt. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um die EDV-Software sowie um ein Wassergewinnungsrecht in der Samtgemeinde Hage.

Unter den Finanzanlagen werden Beteiligungen sowie Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen. Der Betrag der Laufzeit größer 1 Jahr betrug 241 T€ (VJ: 217 T€).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Ablesung der Verbrauchswerte erfolgte zum Jahresende in der Zeit 11/2019 - 12/2019 mit einer anschließenden Hochrechnung auf das Jahresultimo. Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen größtenteils Forderungen an das Hauptzollamt (251 T€; VJ 364 T€), Forderungen an das Finanzamt (666 T€; VJ 347 T€) sowie Forderungen aus der Abrechnung von Umlagen des Energiebezuges (309 T€; VJ 344 T€).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Eigenkapital

Die Kapitalrücklage in Höhe von 2.638 T€ (VJ: 3.038 T€) speist sich zum einen aus einer Kapitaleinlage der Gesellschafterin aus dem Jahr 2014 in Höhe von 1.349 T€, die zum Bilanzstichtag noch mit 549 T€ (VJ: 949 T€) valuiert und voraussichtlich in den Jahren 2020 und 2021 planmäßig vollständig zurückgezahlt wird. Zum anderen in Höhe von 2.089 T€ (wie Vorjahr) aus den kumulierten Kapitalrücklagen der ehemaligen Verschmelzungsgesellschaften Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (alt), Stadtwerke Norden GmbH (jetzt WBN) und Kurbetriebs GmbH, die im Jahre 2003 auf die Stadtwerke Norden GmbH verschmolzen worden sind. Im Anschluss erfolgte damals die Umfirmierung der Stadtwerke Norden GmbH auf Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen mit einer Laufzeit von größer einem Jahr sind abzuzinsen. Auf- und Abzinsungseffekte werden im Zinsergebnis dargestellt.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen:

	2019	2018
Personalverpflichtungen	483 T€	597 T€
Instandsetzungs-/Rückbauverpflichtungen	682 T€	729 T€
sonstiges	239 T€	282 T€

Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr von 1.879 T€ (VJ 1.509 T€) und Verbindlichkeiten mit mehr als

1 Jahr Restlaufzeit in Höhe von 18.914 T€ (VJ 16.564 T€) enthalten. Davon hat ein Teilbetrag von 12.508 T€ (VJ 10.799 T€) eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen Forderungen der Stadt Norden aus Überzahlungen aus endabgerechneten Verbräuchen. Daraus aus Lieferungen und Leistungen 53 T€ (VJ: 27 T€) und aus Konzessionsabgaben in Höhe von 58 T€ (VJ: 161 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind größtenteils kommunalverbürgt. Hierfür wird ein marktüblicher Avalzins an den Avalgeber in Höhe von 57 T€ (VJ: 68 T€) gezahlt.

Die Restlaufzeiten der übrigen Verbindlichkeiten betragen wie im Vorjahr unter einem Jahr.

V. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Versorgung betreffen für die Gas- und Stromversorgung im Wesentlichen das Kerngebiet der Stadt Norden und den Stadtteil Norddeich, für die Wasserversorgung das Kerngebiet der Stadt Norden und der Samtgemeinde Hage sowie für die Wärmeversorgung Wärmenetze in Norden und Norddeich. Hinzu kommen Stromlieferungen in diversen fremden Elektrizitätsverteilungsnetzen, im Wesentlichen im EWE Netzgebiet.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Bäder werden im Wesentlichen durch das Freizeit- und Erlebnisbad Ocean Wave erzielt.

<u>Umsatzerlöse</u>	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Stromversorgung	13.774 T€	14.708 T€
Gasversorgung	8.857 T€	8.445 T€
Wärmeversorgung	2.215 T€	2.062 T€
Wasserversorgung	2.455 T€	2.468 T€
Tourismus und Bäder	6.379 T€	6.280 T€
Kurbeitragskasse	3.547 T€	3.544 T€
Nebenbetriebe	458 T€	397 T€
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	76 T€	108 T€
Sonstige Umsatzerlöse	1.123 T€	1.145 T€

Sonstige betriebliche Erträge

Enthalten sind u. a. Erträge aus Anlageverkäufen (25 T€, VJ 21 T€) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (7 T€; VJ 9 T€). Die Anlagenverkäufe erfolgen grundsätzlich auf Basis marktadäquater Schätzpreise.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich im Berichtsjahr auf 396 T€ (VJ 372 T€). Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Bis zum 30.06.2018 betrug der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,61 % Arbeitnehmeranteil 8,06 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Seit dem 01.07.2018 beträgt der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,71 % Arbeitnehmeranteil 8,16 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen für das Berichtsjahr betrug 5.817 T€ (VJ 5.447 T€). Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sog. Umlageverfahren (Abschnittdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für künftige Versorgungslasten. Die Höhe der Unterdeckung kann unternehmensindividuell nicht ermittelt werden. Diese Versorgungslasten sind als mittelbare Pensionsverpflichtungen anzusehen. Deshalb ist ein Ansatz in der Bilanz unterblieben (Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

<u>Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten</u>	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	131	130
davon im Bereich Versorgung	77	75
davon im Bereich Tourismus/Bäder	54	55

Auszubildende sind im Jahresdurchschnitt nicht berücksichtigt.

Wesentlicher sonstiger betrieblicher Aufwand

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Konzessionsabgabe	1.123 T€	1.177 T€
Werbekosten	496 T€	427 T€
Mieten, Pachten und Leasing	546 T€	687 T€
EDV-Kosten	700 T€	627 T€
Gebühren und Beiträge	296 T€	306 T€
Versicherungen	163 T€	156 T€
Prüfungs- und Beratungskosten	186 T€	325 T€
Übrige Dienstleistungen	551 T€	314 T€
Sonstiges	751 T€	719 T€

Periodenfremde Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 110 T€ (VJ 142 T€); Verluste aus Anlageabgängen (44 T€; VJ 97 T€) und Abschreibungen auf Forderungen (67 T€; VJ 44 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 7 T€ (VJ 12 T€) sowie Avalprovisionen an verbundene Unternehmen in Höhe von 57 T€ (VJ 68 T€) enthalten.

VI. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen gegenüber dem Strom- und Gaslieferanten auf Basis abgeschlossener Strom- und Gaslieferverträge im branchenüblichen Umfang.

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen betreffen im Wesentlichen den Fuhrpark sowie betrieblich genutzte Grundstücke und betragen für die Jahre 2020 – 2023 2.028 T€.

VII. Angaben gemäß Energiewirtschaftsgesetz (§ 6b Abs. 3 EnWG)

Der buchhalterischen Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung ist nach § 6b Abs. 3 EnWG unter Einbeziehung getrennter Konten Rechnung getragen worden.

Aus der internen Betriebsabrechnung heraus wurden die einzelnen Positionen den Haupt- und Nebenkostenstellen zugewiesen. Konnten einzelne Kosten oder Erträge nicht direkt diesen Kostenstellen zugewiesen werden, so wurden diese zunächst separaten Hilfskostenstellen zugeordnet. Unter Verwendung verursachungsgerechter Schlüssel erfolgte dann die vollständige Verteilung auf die segmentierten Kostenstellen.

Die Umlage der Hilfskostenstellen erfolgt in zwei Schritten. Zunächst erfolgt die Verteilung der Gemeinkosten auf die Geschäftsfelder anhand des Restbuchwertes des Anlagevermögens auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten, eines Personalschlüssels sowie des Umsatzschlüssels. Dann werden die Kosten in die entsprechenden Segmente für Strom und Gas verteilt anhand des Umsatzes, der Anlagenzuordnung und durch Personalkennzahlen.

VIII. Sonstige Angaben

Folgende wesentliche Beteiligungen gem. § 285 Nr. 11 HGB bestanden zum Jahresende:

Name und Sitz	Anteil %	Gezeichnetes Kapital €	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres €
Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden*	34	30.000,00	17.301,15	- 57.755,17

Erläuterung (*): bezieht sich auf Jahresabschluss 2018, da 2019 noch nicht testiert vorliegt.

Geschäftsführer:

Herr Dipl.-Kfm. Armin Korok, Geschäftsführer Tourismus und Bäder
Herr Dipl.-Wirtschaftsjurist Thorsten Schlamann, LL.M., Kaufmännischer Geschäftsführer
Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Völz, Technischer Geschäftsführer

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt 363 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Beigeordneter	Wolfgang Sikken	Aufsichtsratsvorsitzender Direktor des Amtsgerichts a. D.
Ratsfrau	Karin Albers	Vertreterin des Aufsichtsrats- vorsitzenden Finanzwirtin i. R.
Arbeitnehmersvertreter	Manuel Diekmann	Kfm. Angestellter
Beigeordneter	Rainer Feldmann	Geschäftsführer, Dipl.-Ing.
Beigeordnete	Dorothea van Gerpen	Kommunalbeamtin
Beigeordneter	Volker Glumm	Inhaber einer Nachhilfeschule
Ratsherr	Wolfgang Hinrichs	Industriefacharbeiter
Ratsherr	Hermann Reinders	Hotelier
Bürgermeister	Heiko Schmelzle	Stadt Norden
Ratsherr	Johannes Wallow	Auktionator
Ratsherr	Theo Wimberg	Schulleiter der KGS Hage

Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat

Die Vergütungen an den Aufsichtsrat beliefen sich auf 6 T€ (VJ 5 T€).

<u>Honorare des Abschlussprüfers</u>	<u>2019</u>
Abschlussprüfungsleistungen	38 T€
Steuerberatungsleistungen	0 T€
Bestätigungsleistungen	4 T€
Sonstige Leistungen	0 T€

Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 1.349.284,89 €. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

IX. Nachtragsbericht

Der Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Corona Virus (CO-VID-19) haben weltweit gravierende, auch wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen. Zum Aufstellungszeitpunkt waren die möglichen Geschäftsbeeinträchtigungen durch den Ausbruch des Virus für die Gesellschaft noch nicht hinreichend abschätzbar. Diese werden sich aber deutlich auf die Umsatz- und Ergebnisentwicklung, insbesondere im Geschäftsbereich Tourismus/Bäder, auswirken. Diese möglichen Auswirkungen werden fortlaufend analysiert. Zu weiteren Ausführungen wird auf den Lagebericht verwiesen. Des Weiteren haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Norden, 29. Mai 2020



Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer



Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer



Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

18. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 10. August 2020 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prü-

fung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt

sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der

Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN***Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG****Prüfungsurteile*

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ und „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des Entwurfs einer Neufassung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz (IDW EPS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den

jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“